nr. 6 – okt / nov 2018

ecke müllerstraße

Seite 3: Müllhaufen neben dem Rathaus Seite 4: Neue Einschulungsbereiche festgelegt
Seite 6–8: Schwerpunkt – Bauen, Boden und Genossenschaften Seite 10: Zeppi voll in Betrieb

Zeitung für das »Aktive Zentrum« und Sanierungsgebiet Müllerstraße. Erscheint achtmal im Jahr kostenlos.
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung

Bilderrätsel: Gewinner gesucht!

Ch. Eckelt

Welche Ecke?

Wo wurde dieses Foto aufgenommen? Wer es weiß, schicke die Lösung bitte mit genauer Absenderadresse an die Redaktion: ecke müllerstraße, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin oder per Mail an: eckemueller@gmx.net. Unter den Einsendern verlosen wir einen Kinogutschein für zwei Personen für das Kino Alhambra. Auch wer eine Idee dafür liefert, was »Frogn-Kommune« bedeuten könnte, nimmt an der Verlosung teil. Einsendeschluss ist Montag, der 29. Oktober. Unsere letzte Rätselecke zeigte das »Blumenhäuschen« an der Straßenbahnhaltestelle Seestraße. Viele Einsender wussten die Lösung. Gewonnen hat diesmal Renate Sens. Herzlichen Glückwunsch! Der Preis wird Ihnen zugesandt.

Markt der Ideen im Sprengelkiez

Am 17. Oktober findet im Sprengelhaus (Sprengelstraße 15) wieder ein »Markt der Ideen« statt. Ab 17 Uhr treffen sich dazu Anwohner des Sprengelkiezes, die ein Interesse am Auf- und Ausbau ihres lokalen Netzwerkes haben. Nach einer Begrüßung und kurzen Beiträgen zum »Runden Tisch Sprengelkiez«, zur Kiezzeitung »Kiezbote« und zum »Sprengelkiez-Fonds« findet im Seminarraum auch wieder ein »Speed-Dating« statt, bei dem sich die Teilnehmer persönlich kennenlernen können. Ab ca. 18.30 Uhr gibt es ein Buffet in der Küche und danach im Gymnastiksaal Kurzbeiträge zum Thema »Entwicklungszusammenarbeit«.
Ab 20 Uhr steht schließlich ein geselliger Ausklang im Nachbarschaftsladen auf dem Programm. Alle interessierten Kiezbewohner sind herzlich eingeladen!

Locker vom Hocker

Immer Donnerstag vormittags zwischen 9.30 und 10.45 sowie zwischen 10.45 und 11.30 Uhr finden im Senioren-Pflegeheim Domicil in der Transvaalstraße 22–24 (Ecke Afrikanische Straße) Bewegungsangebote für Senioren statt – bei schönem Wetter auch draußen im Garten. Dabei geht es um Hockergymnastik und Sitztanz, so dass auch Gehbehinderte oder anderweitig in ihren Bewegungsmöglichkeiten eingeschränkte Personen daran teilnehmen können. Das Angebot wird im Rahmen des Projektes »Bewegungsförderung im öffentlichen Raum« gefördert und steht daher allen Interessierten offen. Es ist keine Anmeldung erforderlich.

Termine

Runder Tisch Leopoldplatz

Termin und Ort bitte erfragen bei:
Thorsten Haas, Telefon (030) 901 83 22 51
thorsten.haas@ba-mitte.berlin.de

Händlerfrühstück des Geschäftsstraßenmanagements und der StandortGemeinschaft

Mittwoch, 7. November, 7.30 Uhr, Ort:
bitte erfragen unter Telefon (030) 88 59 14 36,
www.planergemeinschaft.de

Sitzung der Stadtteilvertretung Müllerstraße mensch.müller

An jedem ersten Donnerstag im Monat jeweils um 19 Uhr im Vor-Ort-Büro Triftstraße 2

Korrektur

Das Titelfoto der letzten Ausgabe wurde nicht wie vermeldet am Leopoldplatz, sondern in der Ungarnstraße am Eingang zum Schillerpark aufgenommen. Wir danken Frau Conradt für den Hinweis!

Das Titelbild dieser Ausgabe

wurde im Volkspark Rehberge aufgenommen

ecke im Netz

Im Internet findet man alle bisher erschienenen Ausgaben der ecke müllerstraße unter www.muellerstrasse-aktiv.de/oeffentlichkeitsarbeit/zeitung-ecke-muellerstrasse

Die nächste Ausgabe

erscheint Anfang November, Redaktionsschluss ist der 23. Oktober.

Impressum

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt
Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich
Redaktionsadresse:
»Ecke Müllerstraße«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin
Tel (030) 44 01 06 05, eckemueller@gmx.net
Fotos: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de
Entwurf und Gestaltung:
capa, Anke Fesel, www.capadesign.de
Druck: BVZ Berliner Zeitungsdruck GmbH, www.berliner-zeitungsdruck.de
V.i.S.d.P.: Ulrike Steglich
Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Mehr als nur Grundreinigung nötig

Am 12. November eröffnet Senatorin Katrin Lompscher das »Rathausumfeld«

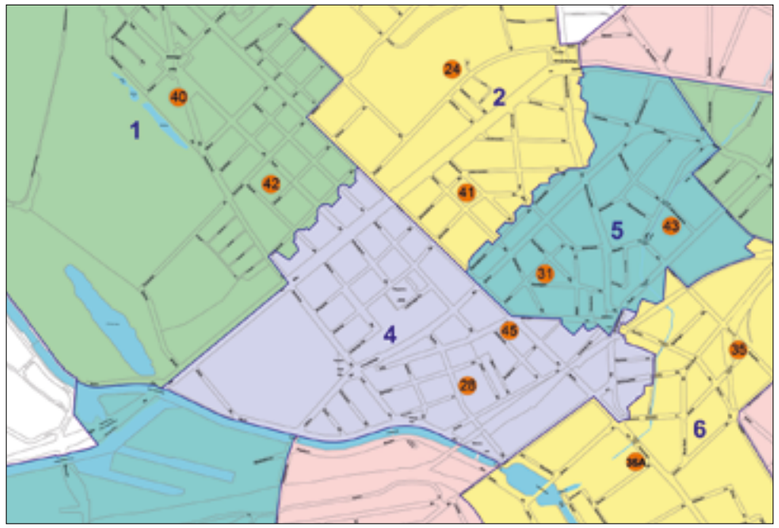
Ch. Eckelt

Einen offiziellen Namen hat der Platz zwischen Rathaus Wedding und Schiller-Bibliothek nicht, den Senatorin Katrin Lompscher am 12. November um 15.30 Uhr in seiner neuen Gestalt feierlich eröffnen soll. Der Versuch, ihn nach einem von den Nazis wegen »Hochverrats« hingerichteten Weddinger Arbeiterehepaar zu benennen, ist ja bekanntlich gescheitert. Nur der Weg am Rathaus Wedding entlang trägt inzwischen den Namen von Elise und Otto Hampel. Der aber befand sich in diesem Sommer in einem erbärmlichen Zustand.

Denn obwohl er hier bereits seit vielen Monaten fertiggestellt ist und die Zäune um die Baustelle längst entfernt sind, türmen sich auf diesem Weg regelrechte Müllhaufen: Die BSR ist noch gar nicht damit beauftragt, die vorhandenen Mülleimer zu leeren und die Fläche zu reinigen. Das liegt aber nicht am viel zu trockenen Sommer, der verhindert hat, dass sich die dort aufgebrachte »wassergebundene Wegedecke« zu einem festen, aber wasserdurchlässigen Belag verbinden konnte. Normalerweise wird dessen obere Deckschicht zuerst mit maschineller Unterstützung verdichtet und dann durch Regen eingewaschen – die meisten Wege in unseren Grünanlagen und Parks sind jedenfalls auf diese Weise entstanden. Aber in diesem Sommer fehlte der Regen (oder eine mehrfache gründliche Bewässerung): Die Deckschicht hat sich nicht verfestigt, hier haben sich die gröberen Steinchen inzwischen mit zahllosen Zigarettenkippen und Kronkorken vermischt. Und der sehr feinkörnige Anteil, der über Kohäsionskräfte eigentlich für die Bindung der Schicht sorgen soll, wurde vom Wind in alle Richtungen verweht.
Aber nicht wegen dieser Baumängel weigert sich die BSR, die Fläche zu reinigen und die Mülleimer zu leeren. Ihr fehlt schlicht der entsprechende Auftrag des Straßen- und Grünflächenamtes (SGA) Mitte. Denn das will den Elise-und-Otto-Hampel-Weg nicht von der auf Bitten des Bezirks für die Bauausführung verantwortlichen Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen übernehmen und sich für zuständig erklären. Über die Gründe könnten wir hier nur spekulieren, wir haben bei der zuständigen Stadträtin zwar angefragt, die Antwort aber nicht rechtzeitig erhalten. Angeblich sind sie recht grundsätzlich und haben etwas mit rechtlichen Voraussetzungen zu tun, die eigentlich im Vorfeld der Platzsanierung sehr ausführlich unter den beteiligten Behörden diskutiert worden waren.
In der Folge entwickelte sich der Elise-und-Otto-Hampel-Weg im Sommer zu einem Ort, der alte und eingefahrene Stereotypen über den »versifften Wedding« mal wieder voll und ganz bestätigt. Wer zum Beispiel am 13. September Ulli Zelles Bericht über die Müllerstraße in der Berliner Abendschau verfolgte, konnte durchaus den Eindruck gewinnen, der Straßenname leite sich von einer Steigerungsform des Wortes »Müll« ab. Der höfliche Grandseigneur der Berliner Lokalberichterstattung ging zwar mit keinem Wort auf diese Zustände ein, zeigte aber in einer Einstellung einen Blick auf das Jobcenter, bei der ein einsamer Rentner auf einer der neuen Bänke des Elise-und-Otto-Hampel-Wegs friedlich inmitten von Müllhaufen sitzt. Das Bild sprach für sich und musste nicht weiter kommentiert werden.
Bis zur Eröffnungsfeier am 12. November werden die Müllhaufen wohl eingesammelt sein. Aber ob sich aus dem Splitt-Kippen-Kronkorken-Gemisch noch einmal eine wassergebundene Decke herstellen lässt, die den Anforderungen an dieser Stelle gewachsen ist, mag man getrost bezweifeln. Vielleicht wäre es sogar sinnvoller, hier einen festeren Belag aufzubringen. Denn die Wegeverbindung zwischen der Müllerstraße und der Beuth-Hochschule wird ja nicht nur von Fußgängern benutzt. Im inzwischen erarbeiteten Verkehrskonzept für den Brüsseler Kiez verläuft über den Elise-und-Otto-Hampel-Weg und die Nazarethkirchstraße eine »ergänzende Radroute« parallel zur Schul- und Luxemburger Straße, was bei der ursprünglichen Planung der Platzgestaltung noch nicht zur Debatte stand. Stetiger Radverkehr bildet auf wassergebundenen Wegdecken aber schnell Spurrillen, die bei Regen zu Pfützen werden. Und zwischen Nazarethkirchstraße und Elise-und-Otto-Hampel-Weg fordert die Stadtteilvertretung mensch.müller seit vielen Jahren eine neue Fußgänger- (und ggf. Radfahrer-) Ampel. Bei Zählungen hat sie festgestellt, dass bis zu 500 Passanten pro Stunde an dieser Stelle die Müllerstraße überqueren – viele von ihnen kommen von der großen Bushaltestelle am Leopoldplatz und gehen dann weiter zur Beuth-Hochschule, zum Wochenmarkt an der Genter Straße oder schlicht zu ihrer Wohnung im Brüsseler Kiez. Der Elise-und-Otto-Hampel-Weg wird künftig wohl stärker genutzt als anfangs gedacht. Allerdings wird auch der Weg entlang der Schiller-Bibliothek attraktiv: Der »Lesegarten« wird im November mit eröffnet, die Liegewiesen an der Genter Straße folgen im kommenden Jahr. *cs*

Neue Einschulungs-bereiche

Auch in den kommenden Jahren wird wohl weiter umgeordnet



Im kommenden Jahr werden jene Kinder schulpflichtig, die zwischen dem 1. Oktober 2012 und dem 20. September 2013 geboren sind. Bis zum 17. Oktober müssen sie in der für sie zuständigen Grundschule angemeldet werden – und zwar auch dann, wenn das Kind später eine andere Schule besuchen soll. Das kann man bei der Anmeldung schriftlich beantragen, genauso wie eine Zurückstellung von der Schulpflicht oder eine vorzeitige Aufnahme.

Die steigende Zahl der Schülerinnen und Schüler im Bezirk Mitte hat in diesem Jahr zu einer Neuordnung der Einschulungsbereiche geführt. Davon ist auch der Verbreitungsbereich dieser Zeitung betroffen. Verkleinert werden musste zum Beispiel der gemeinsame »Einschulungsbereich 1« der Mövensee-Grundschule (die Nummer 40 auf der abgebildeten Karte) und der Anna-Lindh-Grundschule (Nr. 42) im Parkviertel, die beide schon jetzt mehr Schüler haben, als sie eigentlich aufnehmen können. Deshalb gehört jetzt auch der südliche Teil des Afrikanischen Viertels zwischen Seestraße und Kameruner Straße (nicht jedoch die Kameruner Straße selbst) zum gemeinsamen »Einschulungsbereich 4« der Brüder-Grimm-Grundschule (Nr. 28) und Leo-Lionni-Grundschule (Nr. 45). Dieser Bereich konnte vergrößert werden, weil die Brüder-Grimm-Grundschule noch über Kapazitäten verfügt. Der Schulweg der Kinder aus dem südlichen Afrikanischen Viertel wird dadurch allerdings deutlich länger und wegen der notwendigen Überquerung der Seestraße wohl auch problematischer.

Auch der gemeinsame »Einschulungsbereich 2« der Gottfried-Röhl-Grundschule (Nr. 24) und der Erika-Mann-Grundschule (Nr 41) wurde verkleinert, weil die Kapazität der Erika-Mann-Grundschule in diesem Schuljahr »weitestgehend ausgeschöpft« ist, »da Klassen über die eigentliche Zügigkeit hinausgehend eingerichtet wurden«, wie es in dem Bezirksamtsbeschluss heißt. Deshalb gehören jetzt die Kinder aus der Nazarethkirchstraße zum »Einschulungsbereich 5« der Wedding-Grundschule (Nr. 31) und der Albert-Gutzmann-Grundschule (Nr. 43). Der wurde vergrößert, weil die Wedding-Grundschule noch über Kapazitäten verfügt.
Verkleinert wurde auch der »Einschulungsbereich 6« für die Humboldthain-Grundschule (Nr. 35) und die neue Europacity-Grundschule (Nr. 35a), da auch hier die vorhandenen Kapazitäten ausgeschöpft sind. Aktuell ist die Europacity-Grundschule noch eine Filiale der Humboldthain-Grundschule. Es ist aber geplant, sie zum Schuljahr 2019/20 als eine neue Schule zu gründen.

Aufgrund der prognostizierten Entwicklung der Schülerinnen und Schüler im Grundschulalter und der geplanten Kapazitätserweiterungen durch Schulneubauten und Schulerweiterungen werden sich auch in den kommenden Jahren jährliche Anpassungen der Einschulungsbereiche voraussichtlich nicht vermeiden lassen, so heißt es in dem Beschluss des Bezirksamtes weiter.
Bei der Anmeldung ihrer Kinder geben die Eltern die gewünschte Schule an. Im Rahmen ihrer Aufnahmekapazität werden dann zuerst die Kinder aus dem Einschulungsbereich in ihre Wunschschule aufgenommen. Danach werden die Kinder aus dem Einschulungsbereich zugewiesen, die an einer gewünschten anderen Schule keinen Platz erhalten konnten. Nur wenn danach noch freie Plätze vorhanden sind, können Kinder aus anderen Einschulungsbereichen aufgenommen werden. Dabei entscheidet der Bezirk in Absprache mit den Schulleitern nach folgenden Kriterien:

1) Der Besuch der zuständigen Grundschule würde längerfristig gewachsene, stark ausgeprägte persönliche Bindungen zu anderen Kindern, insbesondere zu Geschwistern, beeinträchtigen.
2) Die Erziehungsberechtigten wünschen ausdrücklich ein bestimmtes Schulprogramm, ein bestimmtes Fremdsprachenangebot oder eine Ganztagsgrundschule in gebundener Form oder offener Form oder eine verlässliche Halbtagsgrundschule.
3) Der Besuch der gewählten Grundschule würde die Betreuung des Kindes wesentlich erleichtern, insbesondere auf Grund beruflicher Erfordernisse.
4) Im Übrigen entscheidet das Los.

cs

Auf der Website des Fachbereich Schule im Schul- und Sportamt des Bezirks Mitte (www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/aemter/schul-und-sportamt/schule) findet man einen in blauer Schrift hervorgehobenen Link zu einem alphabetisch geordnetes Straßenverzeichnis, das hausnummerngenau die Einschulungsbereiche zuweist. Die hier im Auszug abgebildete Karte findet sich unter den dokumentierten Beschlüssen des Bezirksamts vom 21. August 2018 (www.berlin.de/ba-mitte/politik-und-verwaltung/bezirksamt/beschluesse-des-bezirksamts/2018/artikel.744111.php) als »Anlage 1 zur BA-Vorlage 534/2018«.

Kommentar

Mehr Mut zur Provinzialität!

Rund 60 % der Zeit, so hört man aus dem Straßen- und Grünflächenamt Mitte, benötigt die Leitungsebene des Amtes bei ihren Gruppensitzungen dazu, über Genehmigungen diverser Veranstaltungen im öffentlichen Raum zu diskutieren. In den letzten Wochen war es wahrscheinlich sogar noch mehr – da ging es um das Projekt »Dau«, bei dem im Oktober die Berliner Mauer im historischen Kern der Stadt wieder aufgerichtet werden sollte. Für die Kunst und nur vorübergehend, dafür aber von vielen prominenten Fürsprechern unterstützt.
Der Bezirk hat das Projekt erst mal abgelehnt und sich dadurch unter anderem dem Vorwurf der Provinzialität ausgesetzt. Auch von »fortschreitendem Okkultismus der Macht« war die Rede und von einem »unglaublichen Zeichen von Schwäche«. Dabei fehlte den beteiligten Verwaltungen schlicht die Zeit, innerhalb weniger Wochen vor allem die komplexen Sicherheitsaspekte des Vorhabens auszuloten. Die Katastrophe der »Love-Parade« in Duisburg soll sich schließlich nicht im Zentrum der Hauptstadt wiederholen. Jetzt soll ein neuer Anlauf unternommen werden und eine reduzierte Variante für das kommende Jahr beantragt werden.

Etliche Bürger von Mitte dürften das Schauspiel mit klammheimlicher Freude wahrgenommen haben: Es trifft auch mal »die Promis«. Denn in den letzten Monaten und Jahren werden im Bezirk ständig Projekte aufgeschoben und zurückgestellt, weil das Straßen- und Grünflächenamt personell nicht in der Lage ist, sie zu bearbeiten: Die Sanierung von Grünflächen und Spielplätzen bleibt genauso liegen wie die Schaffung von Aufenthaltsqualität im Straßenland, von der Einrichtung von vernünftigen Radwegen ganz zu schweigen. Der Verdacht keimt auf, dass das nicht nur mit Pensionierungen und dem mangelndem Nachwuchs an Bauingenieuren zu tun hat, sondern auch mit den vielen Events im historischen Zentrum, die die Kapazitäten der Amtsleitung auslasten und die stets von »überragender Bedeutung« sind.
Wieso, fragt sich so mancher, muss sich der Bezirk überhaupt mit solchen »Groß-Events« wie dem Dau, der Ausrichtung der nationalen Feierlichkeit zum 3. Oktober oder dem Berlin-Marathon befassen? Wieso kümmern sich nicht ausschließlich die Mitarbeiter des Senats darum? Die sind ja meist auch gleich drei Gehaltsstufen höher eingruppiert als ihre Kollegen in den Bezirken und müssten deshalb eigentlich qualifiziert genug sein. Man wünscht sich ab und an mehr Mut zur Provinzialität im Bezirk und den Hinweis darauf, dass die wenigen Bauingenieure des Bezirks derzeit mit der Ausschreibung von Straßenbauarbeiten in der Ungarnstraße beschäftigt sind und daher jetzt nicht »mal eben schnell« berechnen können, wie sich tonnenschwere Mauerelemente auf den Untergrund Unter den Linden auswirken würden.

cs

Bildecke

»Bremer Höhe« heißt ein denkmalgeschütztes Ensemble von Wohnhäusern, die zwischen 1870 und 1913 in Prenzlauer Berg an der Schönhauser Allee errichtet wurden. Anlass der Gründung der Wohnungsbaugenossenschaft Bremer Höhe im Jahr 2000 war die Privatisierung von 520 Wohnungen nach dem »Altschuldenhilfegesetz«.

»Wie zuverlässig ist die Politik?«

Ein Interview mit Ulf Heitmann, Vorstand der Wohnungsbaugenossenschaft »Bremer Höhe«

Herr Heitmann, Der Preis für Bauland in Berlin schießt in dieser Zeit scheinbar ungebremst in die Höhe, allein im letzten Jahr um mehr als 70 %. In den letzten beiden Jahren stieg der Bodenrichtwert für innerstädtische Grundstücke mit Geschosswohnungsbau sogar um 145 %. Was ist da los?

Ulf Heitmann: (zuckt mit den Achseln) Was soll ich sagen – Kapitalismus?

Als die Bremer Höhe Ende 1999 von der Wohnungsbaugesellschaft Prenzlauer Berg (WIP) im Rahmen des Altschuldenhilfegesetzes an einen privaten Investor verkauft wurde, betrug der Kaufpreis 27,75 Millionen DM, heute 14,1 Millionen Euro. Wir haben uns damals als Genossenschaft gegründet und mit viel Mühe, mit Zuschüssen, Investitionszulage und großer Unterstützung durch die Politik diesen Betrag und den noch größeren für die Sanierung zusammengebracht, um in den Kaufvertrag eintreten zu können. Damals gab es noch hier und da die Kritik, dass das zu teuer sei. Heute sind allein die Grundstücke schon zehnmal so teuer. Der Bodenrichtwert lag in unserer Gegend Anfang 2018 bei 5.500 Euro/qm und steigt seitdem immer weiter.

Manche Experten meinen, das läge vor allem an den niedrigen Zinsen …

Viele Reiche wissen nicht mehr, wohin mit dem vielen Geld, weil die Staaten immer weniger Schulden machen und kaum noch Zinsen zahlen. Also wird in Grundstücke investiert. Der Berliner Bodenmarkt verzeichnet quartalsweise zweistellige Zuwachsraten. Das ist ein internationales Phänomen und betrifft nicht nur die Städte. Inzwischen sind auch Ackerflächen und Wälder sehr begehrt, die enorm im Wert steigen.

Auch Rentenfonds und Versicherungen investieren zunehmend in Immobilien. Ebenso kleine Anleger, die ihr Geld gern in Wohneigentum anlegen. Hier scheint es für Preissteigerungen ebenfalls keine Grenzen zu geben. Inzwischen kostet ja selbst eine Hinterhauswohnung in Prenzlauer Berg oft schon 5–6000 Euro/qm – und findet tatsächlich auch Käufer. Für Wohnungen z.B. am Leipziger Platz werden inzwischen Mieten von bis zu 25 Euro/qm verlangt.

Was aber passiert, wenn die Zinsen wieder steigen? Sinken dann die Bodenwerte wieder?

(lacht) In Paris wurden vor der letzten großen Krise im Jahr 2008 Spitzenpreise von 25.000 Euro/qm gezahlt. Nach der Krise waren es »nur noch« 22.000 Euro. Auch in Hochzinsphasen oder nach dem Platzen von Immobilienblasen sinken die Preise kaum.

Trotz der Wohnungsknappheit in Berlin lassen die Eigentümer Grundstücke oft länger brach liegen, bevor sie bauen …

Kein Wunder: der Grundstückswert steigt ja trotzdem. Meines Erachtens könnte die Gemeinde Baugebote verhängen, aber wer will das durchsetzen? Es fehlt an Erfahrung und auch an Personal. Das geht soweit, dass schon Fristen beim Vorkaufsrecht verpasst wurden. Derzeit sind da in Berlin nur punktuelle Eingriffe möglich – strukturell hat sich nichts geändert. Das Land hätte in den 90er Jahren sein Vorkaufsrecht viel stärker ausüben müssen – doch das war damals politisch nicht gewollt. Stattdessen wurden kommunale Immobilien und Grundstücke in großem Maßstab verkauft. Aber irgendwann ist das Privatisierungsportfolio leer. Berlin hat nur noch 9000 eigene Grundstücke, und Schulen usw. müssen ja auch gebaut werden.

Werden in der Bremer Höhe noch Wohnungen frei?

Ganz selten. Es zieht kaum noch jemand aus – bei den Mietpreisen in der Umgebung ist das auch kein Wunder. Selbst Familien mit drei Kindern bleiben lieber in ihrer Drei-Zimmerwohnung, weil in der Umgebung die Mieten für sie unerschwinglich sind – 14 bis 17 Euro/qm nettokalt bei Neuvermietungen sind inzwischen üblich. Auch Trennungen sind in so einer Situation kompliziert. Das bedeutet für viele Menschen eine zunehmende Unfreiheit in ihrer Lebensführung. Da bekommt das Wort »wohnhaft« eine ganz neue Bedeutung.

Baut die Genossenschaft eigentlich, und wie teuer sind dann die Neubauwohnungen?

In Hobrechtsfelde, also kurz hinter Berlin-Buch und schon in Brandenburg, hat die Bremer Höhe 2013/2014 einen Neubau mit neun Wohnungen errichtet – für Baukosten von rund 2.400 Euro/qm, allerdings ohne Keller. Die Bewohner zahlen eine Nettokaltmiete von 8–8,50 €/m². Die Genossenschaftsanteile liegen bei 5–10.000 € je nach Wohnungsgröße.

Derzeit bereiten wir ein weiteres Bauvorhaben vor. Aufgrund der extrem gestiegenen Baupreise sieht hier die Finanzierung ganz anders aus: Die Mitglieder müssen 450 Euro/qm als Eigenanteil übernehmen, die Genossenschaft bringt ebenso viel auf und eine Miete beträgt 9,50 Euro/qm nettokalt. Die Baukosten steigen derzeit so rapide, dass ohne massive öffentliche Förderung die Errichtung preiswerter Neubauten gar nicht mehr möglich ist.

Auch in Berlin bauen junge Genossenschaften neu, beispielsweise an der »Schöneberger Linse« unweit des Südkreuzes. Dort beträgt der Eigenanteil 755 Euro und die Mieten schwanken später, je nach Lage und Ausstattung der Wohnung, zwischen 9,50 Euro und etwa 14 Euro nettokalt. Dort muss aber auch ein Viertel der Fläche für 6,50 Euro für soziale Wohnzwecke zur Verfügung gestellt werden, was bei der derzeitigen Förderung nicht auskömmlich ist, d.h. die Kosten der geförderten Wohnungen werden auf die Miete der Genossenschaftler umgelegt. Das kann nicht Sinn der Förderung sein.

»Als wir vor der Wende in Prenzlauer Berg in der Opposition über Wohnungspolitik diskutierten, stellten wir uns vor, dass die Mieter die Verfügungsgewalt über die Häuser selbst übernehmen sollten … Der generelle Ansatz wäre nicht Verstaatlichung, sondern Vergesellschaftung.«

Ist nicht auch die Genossenschaft »Studentendorf Schlachtensee« am Bau von zwei Studentenwohnheimen in der Amrumer Straße im Wedding beteiligt?

Sie war an der Planung beteiligt und sollte eigentlich die Häuser nach Fertigstellung betreiben. Durch die steigenden Baupreise ging aber die ursprüngliche Kalkulation nicht auf und die GEWOBAG als eigentlicher Bauherr musste die Zusammenarbeit mit der Genossenschaft aufkündigen, weil sie deren Kosten nicht mehr übernehmen konnte. Der Senat ist aber auch nicht von den starren Mietvorgaben abgerückt, die am Anfang – natürlich auf der Grundlage der damaligen Baupreise – vereinbart wurden. Die Genossenschaft hat deshalb viel Zeit, Geld und Energie verloren, und ich weiß nicht, wie die GEWOBAG die beiden Häuser künftig betreiben will, wenn sie dafür keine Mittel zur Verfügung hat.

Der Senat hat erst kürzlich beschlossen, künftig nicht mehr nur die kommunalen Wohnungsbaugesellschaften, sondern auch Genossenschaften als bevorzugte Partner bei der Vergabe von Grundstücken in »Konzeptverfahren« zu behandeln. Eröffnet das nicht für die Berliner Genossenschaften neue Möglichkeiten, künftig aktiver zu werden?

Meiner Erfahrung nach werden von der Verwaltung die Wohnungsbaugesellschaften bevorzugt. Wir spüren sehr viel Misstrauen und wenig Neugier. Erst kürzlich durfte ich mir von einer leitenden Mitarbeiterin der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen anhören: »Ihr seid ja auch bloß privat.« Dabei wurden nach der Wende vor allem die Bestände der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften Berlins von fast 500.000 im Jahr 1990 auf 260.000 im Jahr 2007 abgebaut, während die Genossenschaften trotz des Privatisierungszwangs durch das Altschuldenhilfegesetz im Osten ihre Bestände auf inzwischen rund 190.000 Wohnungen ausgebaut haben. 45 der 80 größeren Wohnungsgenossenschaften bauen derzeit.

Wer also sichert in der Stadt langfristig bezahlbaren Wohnraum, wer ist da der stabile Partner? Der derzeitige Senat stockt zwar den kommunalen Wohnungsbestand wieder auf – auf inzwischen wieder rund 300.000 Wohnungen. Aber politische Mehrheiten können sich ändern und der Abverkauf erneut beginnen. Genossenschaften dagegen pflegen und erhalten ihre Bestände und bauen sie aus. Und es gibt auch noch andere Rechtsformen, die die Grundstücke den Marktmechanismen entziehen und dadurch stabile Mieten sichern, etwa besondere Stiftungen oder Gesellschaften wie das »Mietshäuser Syndikat«.

Der Senat will jetzt nur noch langfristige Erbpachtverträge abschließen und kommunale Grundstücke nicht mehr verkaufen. Dazu hat er den Pachtzins für die nächsten 20 Jahre für Wohnzwecke um die Hälfte gesenkt. Erleichtert er damit auch den Wohnungsbau durch Genossenschaften?

Wenn die Bodenwerte explodieren, nutzt das wenig. Denn dann steigt ja auch der Verkehrswert, auf dessen Grundlage der Pachtzins ermittelt wird. Bei einem Bodenrichtwert von 5000 Euro/Quadratmeter schlägt sich auch dieser halbierte Pachtzins je nach Bebauungsdichte mit vier bis fünf Euro pro Quadratmeter auf die Monatsmiete durch. Damit kann man keine bezahlbaren Mieten anbieten – langfristig schon gar nicht, weil sich ja der Verkehrswert weiter erhöht und die Pachtzinsen später drastisch ansteigen können. Nach der Wende drohte der Luisenstadt eG in Kreuzberg deshalb schon mal eine Verzehnfachung der Pacht, was damals aber durch politische Intervention verhindert wurde. Wer aber garantiert, dass der Senat in zwanzig Jahren ähnlich vorgehen wird?

Und was ist die Alternative? Wie kann das Land Berlin dafür sorgen, dass in der Stadt langfristig bezahlbarer Wohnraum entsteht?

Wie man die Welt retten kann, weiß ich auch nicht.

Als wir vor der Wende in Prenzlauer Berg in der Opposition über Wohnungspolitik diskutierten, stellten wir uns vor, dass die Mieter in für sie überschaubaren Organisationseinheiten die Verfügungsgewalt über die Häuser selbst übernehmen sollten. Das ist uns in der Bremer Höhe später auch gelungen. Aber leider sind wir der Ausnahmefall geblieben.

Der generelle Ansatz wäre nicht Verstaatlichung, sondern Vergesellschaftung. Derzeit gibt Deutschland beispielsweise 17 Milliarden Euro jährlich für Wohngeld aus – Geld, das an den Vermieter geht und damit auch weiter die Mieten hochtreibt. Und die Frage ist ja letztlich auch, wie zuverlässig die Politik ist. Wer weiß schon, was sie in fünf Jahren macht?

Interview: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich

Boden und Politik

Auf dem Stadtforum präsentiert der Senat seine Liegenschaftspolitik

Das Land Berlin hat im letzten Jahrzehnt in wohl keinem anderen Politikfeld so eine scharfe Wende vollzogen wie in der Bodenpolitik. Das wurde beim Stadtforum am 18. September deutlich, das sich im Friedrichshainer Veranstaltungszentrum Kosmos mit dem Thema »Boden« beschäftigte. Dort erklärte die Senatorin für Stadtentwicklung und Wohnen Katrin Lompscher die aktuelle Strategie des Senats, ihr zur Seite stand der Senator für Finanzen Matthias Kollatz.

Der Berliner Bodenmarkt ist außer Rand und Band. Das Schaubild zur Preisentwicklung an der großen Leinwand zeigte eine krasse Kurve, die sich Jahr für Jahr immer steiler nach oben reckt. Gleichzeitig, so erläuterte Professor Guido Spars aus Wuppertal, gehe die verkaufte Fläche fast genauso rapide zurück. Der Teufelskreis aus steigender Nachfrage und sinkendem Angebot gehe auch 2018 weiter, bis Ende Mai seien die Bodenrichtwerte jedenfalls erneut um 21% angestiegen. »Berlin«, so fuhr der Professor für die Ökonomie des Planens und Bauens fort, »rangiert international inzwischen ganz oben auf der Hitliste der Immobilienbranche. Deren Protagonisten begründen ihr Interesse aber auch mit den großen Flächenpotenzial der Stadt.« Im Vergleich zu London, Paris und den meisten anderen Metropolen der Liga, in die die deutsche Hauptstadt preislich aufrückt, habe Berlin noch viele Flächen anzubieten. Insgesamt 54 Milliarden Euro seien im vergangenen Jahr aus dem Ausland in den Ankauf von Immobilien im vermeintlich »sicheren Hafen Deutschland« geflossen – und davon zehn Milliarden nach Berlin. Hier stamme schon 58% des Umsatzes der Immobilienbranche von internationalen Anlegern.

Nach der neoliberalen Wirtschaftslehre müsste jetzt eigentlich der Staat eingreifen und den Markt beruhigen, in dem er massenweise Bauland verkauft, damit die Preise wieder fallen. Angesichts der globalen Nachfrage wären die knappen öffentlichen Bodenreserven dann aber im Nu weg, ohne dass sich irgendetwas ändern würde. Berlin macht genau das Gegenteil, wie der Finanzsenator zuvor dargestellt hatte. Nach der neuen »transparenten Liegenschaftspolitik« des Senats verkauft das Land grundsätzlich keine Grundstücke mehr an Dritte, sondern vermehrt im Gegenteil seinen Grundbesitz – das »Haus der Statistik«, das vom Bund erworben wurde, ist dafür ein erstes Beispiel, oder auch die Mietshäuser in Milieuschutzgebieten, die über die Ausübung von Vorkaufsrechten in den Bestand der kommunalen Wohnungsbaugesellschaften übergehen. Vergibt die Stadt dagegen Immobilien, so schließt sie künftig in der Regel langfristige Erbpachtverträge. Dabei verbleiben die Grundstücke im Landesbesitz, nur die darauf errichteten Gebäude gehen an die Vertragspartner. Die zu zahlende Erbpacht wurde per Senatsbeschluss zuletzt um die Hälfte reduziert, bei Wohngrundstücken beträgt sie zum Beispiel nur noch 2,25% des festgestellten Verkehrswertes pro Jahr. Vergeben werden diese Pachtverträge in »Konzeptverfahren«, also nicht an den Meistbietenden, sondern an den mit dem besten Konzept.

»Noch vor wenigen Jahren waren das ziemlich radikale Ideen«, kommentierte die Moderatorin Frauke Burgsdorff. »Kaum einer von uns hätte damals geglaubt, dass die tatsächlich die Politik Berlins bestimmen sollten.« Im Jahr 2004 hatte das Land noch die Wohnungsbaugesellschaft GSW mit ihren 65.000 Wohnungen privatisiert, im Jahr 2009 waren noch Plattenbauten mit öffentlicher Förderung abgerissen worden. Im Jahr 2011 gründete sich die Initiative »Stadt Neudenken«, die seitdem sehr erfolgreich die Neuausrichtung der Berliner Liegenschaftspolitik vorantreibt. Schon ein Jahr darauf stellte das Land die »Politik des Abverkaufs« (Kollatz) ein und ging in den Folgejahren schrittweise zur neuen Liegenschaftspolitik über. Dabei ist sie inzwischen an den Grenzen dessen angelangt, was einer Landesregierung möglich ist. Um noch weiter zu gehen – Katrin Lompscher brachte zum Beispiel die Ausweisung von »Vorkaufsrechtsgebieten« in die Debatte, in denen ähnlich wie in Milieuschutzgebieten die Kommune besondere Vorkaufsrechte hätte – müsste freilich Bundesrecht geändert werden. Über den Bundesrat ist Berlin derzeit an verschiedenen Fronten aktiv. Matthias Kollatz verwies in diesem Zusammenhang auf Erfolge. So sei es beispielsweise gelungen, den Verkauf des Dragoner-Areals in Kreuzberg an Privatinvestoren zu verhindern: »Das war das erste Mal, dass der Bundesrat eine Vorlage zurück gewiesen hat, weil eine Mehrheit der Länder eine Änderung der Liegenschaftspolitik des Bundes fordert.«

Denn auch andere Metropolen in Deutschland stehen vor ähnlichen Problemen. Davon konnten auf den Foren Vertreter aus Hamburg, Frankfurt und München berichten. Dort explodieren die Preise zwar nicht ganz so schnell wie in Berlin. Das liegt aber vor allem daran, dass sie dort schon in der Vergangenheit stark nach oben geschossen sind. Und weil auch Städte wie Kiel oder Mainz oder Stuttgart mit diesem globalen Sog kämpfen müssen, stehen die Chancen gar nicht so schlecht, dass sich auch an der Bundesgesetzgebung etwas ändern lässt. *cs*

Nachfrage nach Gewerberäumen

Auch die Osram-Höfe bauen Leerstand ab

Gewerbeflächen werden auch im Wedding wieder stärker nachgefragt. Davon konnte sich Bezirksstadtrat Ephraim Gothe bei einem Besuch der Osram-Höfe überzeugen. Bei einem von der Stadtteilkoordination Wedding-Zentrum organisierten Rundgang machte er Station in der denkmalgeschützten Anlage, in der bis 1988 Glühbirnen produziert wurden.
Auch heute befinden sich hier die Arbeitsplätze von mehreren tausend Berlinern. Der Polizeiabschnitt 35 hat hier sein Revier, es gibt Forschungseinrichtungen, Schulungszentren, der Einzelhandel ist mit großen Flächeneinheiten präsent. Eigentümerin ist die »Deutsche Real Estate AG«, eine börsennotierte Aktiengesellschaft, die in ausgewählten deutschen Städten Gewerbeimmobilien besitzt und bewirtschaftet und im Jahr 2008 ihren Firmensitz von Hamburg nach Berlin in die Osram-Höfe verlegte.
»In letzter Zeit ist es uns gelungen, den Leerstand deutlich abzubauen«, erläuterte der Teamleiter Immobilien Jan Springer während der kurzen Besichtigung. »Wir hatten lange Zeit nur eine Vermietungsquote von 60 bis 70%, jetzt liegen wir bei 80% und streben an, schon bald 90 bis 95% zu erreichen.«
Der jüngste Erfolg sei eine amerikanische Brauerei, die im alten Kesselhaus ab Frühjahr 2019 Draft-Beer (also Fassbier) produzieren werde. »Wir streben hier eine Mischung von produzierendem Gewerbe und Büros an.« Die Mietvorstellungen liegen dabei zwischen 10 und 20 Euro nettokalt pro Quadratmeter.
Die Nachfrage am Markt sei gut, allerdings seien noch etliche der leerstehenden Räume sanierungsbedürftig. »Die meisten Probleme bereiten uns die Fenster.« Dabei bereite der Denkmalschutz große Probleme: »Wir würden viel lieber neue Fenster im Stil der alten einbauen, das würde ungefähr ein Drittel weniger kosten, als die alten zu restaurieren. Und die neuen hätten auch wesentlich bessere Dämmwerte, würden also dabei helfen, die CO_2-Bilanz der Stadt zu verbessern.« Dagegen stehe aber der Denkmalschutz, so erläuterte Jan Springer. Ephraim Gothe kannte das Problem nur zu gut: »Die Denkmalpflege macht nur seinen Job. Aber wir haben dasselbe Problem: Auch bei der Sanierung des Rathauses Wedding streiten wir uns vor allem über alte oder neue Fenster.« Vielleicht gelingt es ja jetzt beiden zusammen, den Denkmalschutz umzustimmen und in einem überschaubaren Zeitrahmen eine Kompromisslösung zu finden – schließlich geht es ja auch um die Umwelt und den Klimaschutz.
Bei einer Besichtigung einer großen leerstehenden Fabriketage von rund 2.500 Quadratmetern wurde das Problem deutlich. Die beiden riesigen Hallen im 2. Obergeschoss haben eine Höhe von 5,80 Metern und fast genauso hohe, einfach verglaste Fenster mit Metallrahmung. »Die Heizung verschlingt im Winter enorme Summen. Und die Sanierung der Fenster wird wohl gut eine Million Euro kosten.« Jan Springer stellt sich für die Halle eine Büronutzung vor: »Rein planungsrechtlich dürften wir hier sogar ein Zwischengeschoss einziehen und die Fläche damit verdoppeln.«
Bis zum Jahr 2013 war in diesen Hallen die sehr edle Galerie Max Hetzler untergebracht. In Zukunft könnten hier mehrere hundert zusätzliche Arbeitsplätze entstehen. *cs*

Eckensteher

So alt wie das Rathaus

Im Vordergrund dieses Bildes sieht man ein Plakat aus der Freiluft-Ausstellung »Mein Wedding 5«, die die StandortGemeinschaft Müllerstraße im September zum inzwischen fünften Mal auf dem Mittelstreifen der Müllerstraße durchgeführt hatte. Weddinger Künstler und Anwohner waren aufgerufen, in Fotos, Zeichnungen und Collagen »ihren« Wedding zu Papier zu bringen. Eine Jury hatte aus den Einreichungen zwölf Arbeiten für die Ausstellung ausgewählt, darunter auch dieses Jugendfoto der inzwischen 90-jährigen Weddingerin Ilse Loeschner, die 1928 im Virchow Klinikum als Ilse Kaufmann geboren wurde. Als das Foto entstand, war das 1928–1930 errichtete Rathaus Wedding noch ein ganz frischer Neubau.
Inzwischen steht das Rathaus Wedding unter Denkmalschutz. Als eines der wenigen Berliner Verwaltungsgebäude aus der Weimarer Zeit repräsentiert der fünfstöckige Backsteinbau die Tradition der Neuen Sachlichkeit: Bis auf ein kleines steinernes Wappen an der Straßenecke und den Schriftzug »Rathaus Wedding« über dem Eingangsbereich ist das Gebäude völlig schmucklos. Dieser völlige Verzicht auf dekorative Elemente ist einmalig unter den Berliner Rathäusern. Dabei passt es sich in die Ladenzone der Geschäftsstraße ein, indem es an der Müllerstraße mit mehreren Geschäften präsent ist. Nicht wenige in Berlin wünschten sich, das Beispiel hätte Schule gemacht und den Bau von Verwaltungsgebäuden in der Nachkriegszeit geprägt. Die sind zwar oft auch sehr schmucklos gehalten, in ihrer Erdgeschosszone aber fast immer sehr monoton und langweilig und unterbrechen deshalb meist die Geschäftsstraßen, in denen sie angesiedelt sind. *cs*

Zeppelinplatz funktioniert

Keine Probleme mit freilaufenden Hunden

Der Rasen sah in diesem Sommer überall in Berlin so aus wie hier am Zeppelinplatz. Zum Glück erholt er sich wieder, wenn die Witterung feuchter wird. Insgesamt aber kann man zwei Sommer nach dem Ende der Umbauarbeiten am »Zeppi« eine rundum positive Bilanz ziehen. Die mit ungewöhnlich intensiver Bürgerbeteiligung durchgeführte Neugestaltung der Grünanlage zwischen dem Brüsseler Kiez und der Beuth-Hochschule für Technik funktioniert auf vielen Ebenen überraschend gut. So werden beispielsweise die Sportanlagen vor dem »Haus Beuth« sehr gut angenommen und rege genutzt. Vor allem nachmittags kann man hier junge Menschen beobachten, die regelrechte Fitness-Programme durchziehen und ihre Körper trainieren – der olle Turnvater Jahn hätte sicherlich seine Freunde daran.
Und auch die Liegewiese wird sehr gut angenommen – der Spielplatz war auch schon vor seiner Sanierung ein regelrechter Magnet, u.a., weil er von mehreren Kitas aus der Umgebung genutzt wird. Umstritten war vor allem die Entscheidung, den Spielplatz nicht durch einen Zaun von der Liegewiese zu trennen, sondern beide Grünflächen zusammen einzuzäunen. Viele hatten befürchtet, dass sich die Hundebesitzer im Kiez nicht an das Hundeverbot in diesem Bereich halten und ihre Lieblinge auch ohne Leine über den Spielbereich laufen lassen. Aber ganz offensichtlich halten sich die Allermeisten an die Regel, was für Berliner Verhältnisse außergewöhnlich ist. Offenbar haben sich hier die intensiven Debatten im Vorfeld der Sanierung und die groß angelegte Bürgerbeteiligung sehr positiv ausgewirkt. Auch ohne ständige Patrouillen des Ordnungsamtes scheint die »soziale Kontrolle« in diesem Punkt zu wirken.
Gedankt sei an dieser Stelle der Landschaftsarchitektin Birgit Teichmann, die im »diskursiven Verfahren« mit zwei anderen Büros und in intensiven Workshops mit Anwohnern und Beschäftigten sowie Studenten der Beuth-Hochschule die Planung entwickelt hat. Sie hat ihr Handwerk übrigens an der damaligen »Technischen Fachhochschule« in Berlin erlernt, der heutigen Beuth-Hochschule. Jetzt haben die Studentinnen und Studenten des Studiengangs Landschaftsarchitektur direkt vor ihrem Institut ein positives Beispiel dafür, wie man bürgernah öffentliche Räume gestaltet und sich dabei von vielen Seiten anregen lässt.
Vollendet ist das Projekt damit aber noch nicht. Denn geplant war nicht nur die Neugestaltung der Grünflächen, sondern auch die des Straßenraums in der Limburger Straße und zum Teil auch der Straße Am Zeppelinplatz. Durch die Personalknappheit im Straßen- und Grünflächenamt (siehe auch Seite 5 und 11) liegt die Umsetzung dieser Planungen aber erst einmal auf Eis. Die heutigen Studentinnen und Studenten des Studiengangs Bauingenieurwesen werden nach Abschluss ihres Studiums nicht nur vom Bezirk Mitte dringend gesucht! *cs*

Werkstatt der Senatsverwaltung

Leitlinien für Bürgerbeteiligung an der Stadtentwicklung

Die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen lädt unter dem Motto »Gemeinsam Stadt machen!« zur zweiten öffentlichen »Werkstatt zur Entwicklung der Leitlinien Bürger*innenbeteiligung an der Stadtentwicklung« ein. Der Entwurf der Leitlinien-Grundsätze enthält Vorschläge, wie verschiedene Aspekte der Beteiligung ausgestaltet werden sollen, zum Beispiel die Stärkung der Bürger in Beteiligungsprozessen, Entscheidungsspielräume und Ergebnisoffenheit, die Entwicklung von Beteiligungskonzepten und die Initiierung von Beteiligung, aber auch die Herstellung von Informationsflüssen und Transparenz.
In der zweiten Werkstatt geht es darum, den von einem Arbeitsgremium entwickelten Entwurf der Leitlinien-Grundsätze kennenzulernen und zu diskutieren. In einem offenen Parcours haben die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Möglichkeit, sich mit einzelnen Grundsätzen näher auseinanderzusetzen und eigene Vorschläge einzubringen. Zusätzlich werden Gäste, unter anderem aus den Bereichen Wohnungsbau, Umwelt und Zivilgesellschaft, ihre Gedanken zu den Grundsätzen der Leitlinien einbringen.
Die Veranstaltung richtet sich insbesondere an Betroffenen- und Stadtteilvertretungen, Bürgerinitiativen und weitere Akteure der Stadtdebatte.
Sie findet am 15. Oktober von 18 bis 21 Uhr (Einlass ab 17 Uhr) im Vollgutlager der Kindl Brauerei, Rollbergstraße 26 (U-Bhf Rathaus Neukölln) statt. Wegen der begrenzten Anzahl der Plätze ist eine vorherige Anmeldung erwünscht.
Anmeldung und weitere Informationen unter https://leitlinienbeteiligung.berlin.de/werkstatt-2

Weddingplatz aufgeschoben

Personalknappheit verzögert die Neugestaltung

Die letzte größere Freianlage, die im Aktiven Zentrum Müllerstraße grundlegend saniert werden soll, ist der Weddingplatz am äußersten südlichen Ende des Gebiets. Nach dem Leopoldplatz, dem Zeppelinplatz, dem »Rathausumfeld« und dem Max-Josef-Metzger-Platz wäre dies die fünfte Umgestaltung von wichtigen Stadträumen, an deren Planung die Bürger umfassend beteiligt werden. Vorgesehen war, im kommenden Jahr mit den konkreten Planungen zu beginnen und noch in diesem Jahr eine Umfrage unter den Anwohnern und den Beschäftigten des nahen Werkes von Bayer HealthCare durchzuführen. Doch die Personalknappheit im zuständigen Straßen- und Grünflächenamt Mitte erzwingt eine zeitliche Verschiebung der Maßnahme.

Dabei steht das Aktive Zentrum Müllerstraße nicht alleine da. Auch in anderen städtebaulichen Fördergebieten des Bezirks verzögern sich solche Neuordnungen von öffentlichen Freiflächen – etwa der Bau des Spreeuferweges in der Nördlichen Luisenstadt oder die Sanierung öffentlicher Spielplätze im Fördergebiet Karl-Marx-Allee II. Bauabschnitt. Nach Auskunft der zuständigen Stadträtin Sabine Weißler ist es inzwischen zwar gelungen, fachkundige Mitarbeiter für die Planung von Grünanlagen einzustellen, doch müssten die noch eingearbeitet werden. Nach wie vor heiß begehrt sind jedoch neue Mitarbeiter in allen Bereichen, die mit Verkehr zu tun haben. Hier suchen auch andere Behörden nach fachkundigem Personal – vom Bund über das Land Berlin und dessen Tochterunternehmen bis zu fast allen anderen Bezirken in Berlin. Seit März dieses Jahres sind für das Straßen- und Grünflächenamt des Bezirks Mitte zum Beispiel mehrere Stellen mit abgeschlossenem Studium der Fachrichtungen Bauwesen sowie Straßen- und Verkehrswegebau ausgeschrieben.

Für eine Neuordnung des Weddingplatzes sind aber Eingriffe in den Straßenraum unvermeidlich. Denn der von drei großen Hauptverkehrsachsen tangierte Platz kann eigentlich nur sinnvoll aufgewertet werden, wenn man auch den »Wurmfortsatz« der Reinickendorfer Straße zwischen Schönwalder und Schulzendorfer Straße in die Planung einbezieht. Erst durch das Zusammenspiel dieses derzeit vor allem als Parkplatz genutzten Straßenraums mit den spärlichen Grünbereichen um die Dankeskirche und ihr Gemeindezentrum herum lässt sich der Weddingplatz zu einem funktionierenden Eingangsbereich der Geschäftsstraße umbauen. Die Bedeutung, die der Weddingplatz vor dem Zweiten Weltkrieg hatte, wird sich dadurch allerdings nicht mehr herstellen lassen – damals war er einer der verkehrsreichsten und zentralsten Plätze des Wedding mit zahlreichen Straßenbahnlinien, einem großen Hertie-Warenhaus, einer großen Markthalle sowie diversen Kinos und Theatern.

Aufgeschoben ist aber nicht aufgehoben. In den nächsten Jahren wird die Maßnahme wohl tatsächlich angepackt. Denn auch das benachbarte Bayer-Werk ist ja schon involviert, soll als Kooperationspartner gewonnen werden und sich gegebenenfalls auch an den Kosten beteiligen. Aber auch die Anwohner im Umfeld des Platzes, zum Beispiel in den Wohnanlagen entlang der Panke, können sich ja schon einmal Gedanken machen, wie der Weddingplatz in ihrem Sinne gestaltet werden kann. Auch wenn diese Wohngebiete nicht direkt zum »Aktiven Zentrum Müllerstraße« gehören, können sich dessen Bewohner zum Beispiel in der Stadtteilvertretung mensch.müller engagieren. Die soll im kommenden Frühjahr neu gewählt werden, steht aber auch außerhalb dieser Wahlen jederzeit für neue Mitstreiter offen. *cs*

Integrationspreis des Bezirks ausgelobt

Die Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin lobt erneut einen Preis in Höhe von bis zu 2.000,– Euro für erfolgreiche Projekte und Initiativen zur Integration von Zuwanderinnen und Zuwanderern aus. Noch bis 31.10.2018 können Einzelpersonen, Projekte, Vereine und Institutionen für den Preis vorgeschlagen werden. Vorschlagsberechtigt sind alle Einwohnerinnen und Einwohner mit Wohnsitz in Berlin.
Hauptkriterien für die Vergabe sind: Integrationsfördernde Maßnahmen für den Bezirk Mitte mit hoher und nachhaltiger Wirkung, Originalität der Idee, mögliche Vorbildwirkung und parteipolitische Neutralität. Die Auswahl trifft eine Jury der Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin.
Die öffentliche Übergabe des Integrationspreises wird durch den Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin, Sascha Schug, sowie den Vorsitzenden des Ausschusses für Integration, Dr. Christian Hanke, vorgenommen.
Vorschläge nimmt das Büro der Bezirksverordnetenversammlung Mitte von Berlin entgegen: Karl-Marx-Allee 31, Telefon (030) 901 82 45 57
Weitere Informationen:
www.berlin.de/ba-mitte

müller/str

Informationen und Dokumentationen zum Aktiven Zentrum Müllerstraße sowie frühere Ausgaben dieser Zeitung finden Sie auf der Website: www.muellerstrasse-aktiv.de

- Veranstaltungsorte
- Müllerstraße
- Programmkulisse Aktives Stadtzentrum
- Sanierungsgebietsgrenze

Adressen

Bezirksstadtrat für Stadtentwicklung, Soziales und Gesundheit: Ephraim Gothe
Müllerstraße 146/147, 13353 Berlin
(030) 90 18-446 00
ephraim.gothe@ba-mitte.berlin.de

Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Fachbereichsleiterin: Frau Laduch,
Zimmer 106, (030) 90 18-458 46
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de

Vorbereitende Bauleitplanung, Städtebauförderung
Müllerstraße 146, 13353 Berlin
Sprechzeiten: Di 9–12 Uhr,
donnerstags, 15.00–18.00 Uhr
stadtplanung@ba-mitte.berlin.de
Gruppenleiter: Stephan Lange
(030) 90 18-436 32
Aktives Zentrum und Sanierungsgebiet Müllerstraße
René Plessow (030) 9018 45409
rene.plessow@ba-mitte.berlin.de
Claudia Jahns (030) 9018 45463
claudia.jahns@ba-mitte.berlin.de

Prozessmanagement
Jahn, Mack und Partner
Alt Moabit 73, 10555 Berlin
Karsten Scheffer (030) 85 75 77 28
Carla Schwarz (030) 85 75 77 26
muellerstrasse@jahn-mack.de
www.jahn-mack.de

Geschäftsstraßenmanagement
Planergemeinschaft
Lietzenburger Straße 44, 10789 Berlin
(030) 88 59 14-0, (030) 88 59 14 32
Gabriele Isenberg-Holm
g.isenberg@planergemeinschaft.de
Winfried Pichierri
w.pichierri@planergemeinschaft.de
www.planergemeinschaft.de

Stadtteilvertretung Müllerstraße
Vor-Ort-Büro Triftstraße 2
(030) 34 39 47 80 (AB), (0174) 701 35 94
menschmueller@stadtteilvertretung.de
www.stadtteilvertretung.de
Wenn Sie per E-Mail Informationen der Stadtteilvertretung erhalten möchten, dann senden Sie eine E-Mail an: mitteilungen@stadtteilvertretung.de

StandortGemeinschaft Müllerstraße
c/o Steuerberatung bpw
Müllerstraße 138b, 13353 Berlin
info@muellerstrasse-wedding.de
www.muellerstrasse-wedding.de

Runder Tisch Leopoldplatz
Thorsten Haas, Präventionsrat
Mathilde-Jacob-Platz 1, 10551 Berlin
(030) 90 18-322 51

Quartiersmanagement Pankstraße
Prinz-Eugen-Straße 1, 13347 Berlin
(030) 74 74 63 47
qm-pank@list-gmbh.de
www.pankstrasse-quartier.de

Runder Tisch Sprengelkiez
Sprengelstraße 15, 13353 Berlin
(030) 20 06 78 85
info@runder-tisch-sprengelkiez.de
www.runder-tisch-sprengelkiez.de

Mieterberatung Wedding
für Bewohner der Milieuschutzgebiete
Sparrplatz, Leopoldplatz und Seestraße
Mo 10–12 Uhr, Do 16–18 Uhr
Vor-Ort-Büro Triftstraße 2
(030) 44 33 81-11
team-wedding@mieterberatungpb.de
www.mieterberatungpb.de

Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat
STÄDTEBAU-FÖRDERUNG von Bund, Ländern und Gemeinden
aktive zentren Berlin
BEZIRKSAMT MITTE VON BERLIN
berlinbaut lebendige Quartiere
be Berlin Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen